## **Deutscher Bundestag**

**16. Wahlperiode** 17. 03. 2008

# Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Kerstin Müller (Köln), Winfried Nachtwei, Irmingard Schewe-Gerigk, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 16/4555 -

UN-Resolution 1325 – Frauen, Frieden und Sicherheit – Nationaler Aktionsplan zur strategischen Umsetzung

### A. Problem

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat am 31. Oktober 2000 die Resolution 1325 "Frauen, Frieden, Sicherheit" verabschiedet. Die Resolution befasst sich mit der Beteiligung von Frauen an Institutionen und Mechanismen der Konfliktverhütung und Konfliktbewältigung und mit dem Schutz von Frauen in Konfliktsituationen. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich als Mitglied der "friends of the resolution 1325" für die Umsetzung der Resolution eingesetzt. Die Bundesregierung hat 2004 dem Generalsekretär der Vereinten Nationen sowie 2007 dem Deutschen Bundestag über die von ihr ergriffenen Maßnahmen berichtet.

Nach Auffassung der Antragsteller haben sich die hohen Erwartungen an die Resolution 1325 bisher nicht erfüllt. Auch die im jüngsten Bericht der Bundesregierung dargestellten deutschen Anstrengungen ließen eine gemeinsame Strategie vermissen. Erforderlich sei die Einrichtung einer nationalen Monitoringstelle und die Aufstellung eines Nationalen Aktionsplans zur strategischen Umsetzung der Resolution. Die Bundesregierung solle sich darüber hinaus in der EU, der OSZE und den Vereinten Nationen für konkrete Umsetzungsmaßnahmen einsetzen und dem Deutschen Bundestag künftig jährlich über die Umsetzung der Resolution 1325 berichten.

### B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

## C. Alternativen

Keine

## D. Kosten

Keine

## Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/4555 abzulehnen.

Berlin, den 12. März 2008

## Der Auswärtige Ausschuss

Hans-Ulrich Klose
stellv. Vorsitzender

Holger Haibach
Berichterstatter

Berichterstatter

Monika Knoche
Berichterstatterin

Berichterstatterin

Berichterstatterin

# Bericht der Abgeordneten Holger Haibach, Detlef Dzembritzki, Marina Schuster, Monika Knoche und Kerstin Müller (Köln)

## I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/4555** in seiner 85. Sitzung am 8. März 2007 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Innenausschuss, dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

## II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der Innenausschuss hat den Antrag in seiner 53. Sitzung am 14. November 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag in seiner 75. Sitzung am 5. März 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat den Antrag in seiner 51. Sitzung am 5. März 2008 beraten

und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat den Antrag in seiner 50. Sitzung am 14. November 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe hat den Antrag in seiner 45. Sitzung am 7. November 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

## III. Beratung im Auswärtigen Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 59. Sitzung am 5. März 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Berlin, den 12. März 2008

Holger HaibachDetlef DzembritzkiMarina SchusterBerichterstatterBerichterstatterBerichterstatterin

Monika KnocheKerstin Müller (Köln)BerichterstatterinBerichterstatterin

